

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Leidig, Herbert Behrens, Thomas Lutze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/652 –**

Zukunft der Bahn – Bürgerbahn statt Börsenbahn

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, keine Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG (DB AG) vorzunehmen; dauerhaft Abstand von einem Verkauf von Anteilen am Konzern DB AG, an der DB ML AG zu nehmen und auch keinen Verkauf ganzer Unternehmensteile oder Anteile an DB-Gesellschaften vorzunehmen; die durch die Deutsche Bahn AG im Vorgriff auf eine Teilprivatisierung bereits im Februar 2008 vorgenommene interne Umstrukturierung mit der Bildung der Subholding DB ML AG rückgängig zu machen und den Deutschen Bundestag dabei sowie im Fall anderer Veränderungen in der Unternehmensstruktur des Konzerns Deutsche Bahn AG grundsätzlich zu beteiligen und eine Konzeption für einen Schienenverkehr im Allgemeinen und für die Deutsche Bahn AG als demokratisch kontrolliertes öffentliches Unternehmen im Besonderen zu entwickeln, die es möglich macht, in relevantem Umfang den Marktanteil der Schiene auszuweiten und damit eine an Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit orientierte Politik zu realisieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/652 abzulehnen.

Berlin, den 9. Februar 2011

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Winfried Hermann
Vorsitzender

Patrick Döring
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Patrick Döring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/652** in seiner 50. Sitzung am 18. Juni 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, keine Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG, wie im Bundestagsbeschluss vom 30. Mai 2008 (Drucksachen 16/9070 und 16/9362) gefordert, vorzunehmen; dauerhaft Abstand von einem Verkauf von Anteilen am Konzern DB AG, an der DB ML AG zu nehmen und auch keinen Verkauf ganzer Unternehmensteile oder Anteile an DB-Gesellschaften vorzunehmen; die durch die Deutsche Bahn AG im Vorgriff auf eine Teilprivatisierung bereits im Februar 2008 vorgenommene interne Umstrukturierung mit der Bildung der Subholding DB ML AG rückgängig zu machen und den Deutschen Bundestag dabei sowie im Fall anderer Veränderungen in der Unternehmensstruktur des Konzerns Deutsche Bahn AG grundsätzlich zu beteiligen und eine Konzeption für einen Schienenverkehr im Allgemeinen und für die Deutsche Bahn AG als demokratisch kontrolliertes öffentliches Unternehmen im Besonderen zu entwickeln, die es möglich macht, in relevantem Umfang den Marktanteil der Schiene auszuweiten und damit eine an Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit orientierte Politik zu realisieren.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/652 in seiner 45. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/652 in seiner 30. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten. In dieser Sitzung hat er auch beschlossen, zu drei weiteren Anträgen (Drucksachen 17/4428, 17/4433 und 17/4434), welche sich ebenfalls mit der Struk-

tur der Bahn befassen, eine öffentliche Anhörung durchzuführen.

Er hat in seine Beratung auch zwei Petitionen (Ausschussdrucksache 17(15)87) einbezogen, welche ihm zu der Vorlage gemäß § 109 Absatz 1 Satz 2 GO-BT vom Petitionsausschuss zur Stellungnahme übermittelt wurden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, der eingeschlagene Weg, die Deutsche Bahn AG zu einem modernen und wettbewerbsfähigen Unternehmen zu entwickeln, sei der richtige Weg. Mit dem Antrag solle die Deutsche Bahn AG hingegen wieder in eine Staatsbahn umgewandelt werden. Daher lehne sie den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, sie habe eine klare Position in Bezug auf die Struktur der DB AG und sehe keine Notwendigkeit, hier neue Beschlüsse zu fassen. Sie lehne den Antrag daher ab.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, an der Option einer Teilprivatisierung der DB AG, welche die Fraktion DIE LINKE. in ihrem Antrag ablehne, solle in Übereinstimmung mit dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP weiterhin festgehalten werden. Zudem widerspreche der Antrag mit seinen Vorschlägen zur Konzernstruktur der DB AG zum Teil den Vorgaben des Aktienrechts. Man habe bis 1994 bereits eine „Behördenbahn“ gehabt, was aus gutem Grund geändert worden sei. Daher lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, in der Bevölkerung gebe es eine große Mehrheit für eine andere Ausrichtung des öffentlichen Unternehmens Deutsche Bahn AG. Hintergrund ihres Antrags sei die Befürchtung, dass die Bundesregierung eine schnelle Veräußerung der DB ML AG vornehmen könnte. Man müsse sich auch intensiv mit den Nachteilen befassen, welche sich daraus ergäben, dass die Deutsche Bahn AG auf einen Börsengang hin orientiert worden sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, die Intention des Antrags, eine gut funktionierende und kundenfreundliche Bahn zu erreichen, sei zwar richtig, mit dem Antrag komme man diesem Ziel aber nicht näher. Die in dem Antrag enthaltene Forderung, keine Teile des DB-Konzerns zu veräußern, würde dazu führen, dass auch Auslandsbeteiligungen und Beteiligungen, die nicht zum Kerngeschäft gehörten, dauerhaft beibehalten werden müssten.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 17/652 abzulehnen.

Berlin, den 9. Februar 2011

Patrick Döring
Berichtersteller

